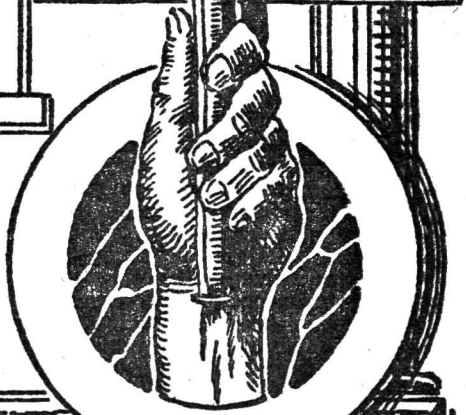
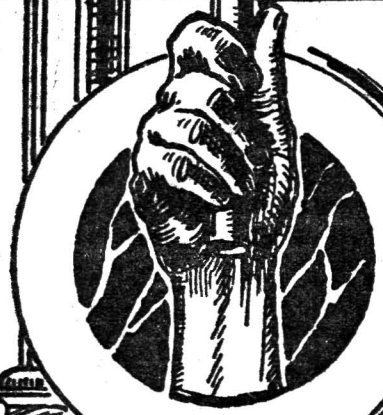


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zustellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 5.

Sonnabend, den 30. Januar 1904.

8. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Dresden. Die Granitarbeiter stehen noch im Streik.
Horka. Hier ist ein Teil der Kollegen gemahregelt.
Bunzlau. Im hiesigen Gebiet sind mit den Unternehmern Tarifverhandlungen im Gange. Die Brecher beteiligen sich ebenfalls daran.
Leipzig. Im hiesigen Hydrosandsteinwerk stehen die Steinmezen in einer Lohnbewegung.

Der Klassenkampf der Arbeit im Jahre 1903. Ein Kampfsjahr in Deutschland.

II.

Vor allem aber wird für die politische Arbeiterbewegung das Wahljahr 1903 einen Ehrenplatz in der Geschichte derselben behaupten. 3 011 114 Stimmen wurden am 16. Juni für die Kandidaten des arbeitenden Volkes, für die sozialdemokratischen Vertreter abgegeben, 904 038 Stimmen mehr, als im Jahre 1898, und 81 Abgeordnete gingen als Arbeitervertreter aus dieser Wahl hervor. 31,7 Prozent aller Wahlberechtigten hatten sozialdemokratisch gewählt. Auf die beispiellose „Johanniter“- und „Ehrenrettungskampagne“ konnte das deutsche Volk keine bessere Antwort erteilen, als diese. Schade, daß ihr Eindruck erheblich abgeschwächt wurde durch das Parteigegensatz, das den Parteitag in Dresden beherrschte und der Segnern billige Angriffswaffen lieferte. Wenn die Reaktionsäre und mit ihnen die Regierung aber hofften, daß nun die Zeit gekommen sei, die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu trennen, so dürften sie die Nachwahlen in Mittweida und Reichenbach eines andern belehrt haben. Auch der Versuch Wilhows, diese machtvolle Arbeiterpartei durch eine neue Zukunftsstaatsdebatte im Reichstage auseinander zu reden, wird außer der leichten Selbstbefriedigung des deutschen Redes- und Zitatenkanglers und einiger Makulaturproduktion keinerlei Eindruck hinterlassen. Die Sozialdemokratie war, ist und wird sein trotz Ausnahmegeetzen und Durchschnitzreden, denn sie ist der Ausdruck der Arbeiterklasse als politischer Faktor der neuen Zeit. Daran würden auch Wahlentrechtungen, in denen bürgerliche Scharfmacher die Rettung der kapitalistischen Ordnung erblicken, nichts ändern, denn sie vernichten nicht das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen, sondern rütteln es nur noch heftiger wach und erhitzen diese zu unersöhnlichen Gegnern der kapitalistischen Ordnung. Eine Regierung, die zum Schutze der letzteren bereit ist, die Entrechtung der Arbeiterklasse zu besiegeln, muß wissen, daß sie damit die Art an die Wurzel der industriellen Größe Deutschlands legt, mit der zugleich das Deutsche Reich steht und fällt. Daß solche Mahnungen angesichts des ungeheuren Aufschwungs der nordamerikanischen Industrie, der wesentlich auf der Intelligenz und Kulturhöhe der amerikanischen Arbeiterklasse basiert, überhaupt noch notwendig sind, kann für unsre modern angehauchten Staatsmänner sicherlich nur beschämend sein.

Dem sozialen Frieden förderlicher wäre es, wenn die Regierung sich ernstlicher auf ihre sozialen Pflichten besäße und energisch die wirtschaftlich Schwachen schützen würde. Die Arbeiterschutzgesetzgebung des Berichtsjahres hat ja einige Fortschritte gebracht. Das Kinderschutzgesetz machte zwar der Ausbeutung kindlicher Arbeitskräfte kein Ende, aber als ernsthafter Anfang dazu können wir es immerhin bezeichnen. Auch das Phosphorzinndolzerbot ist im Interesse der Arbeitergesundheit zu begrüßen; die Vertagung des Inkrafttretensstermins desselben bis zum Jahre 1908 beweist indes, daß der Unternehmerschutz unserer Gesetzgeber noch immer wichtiger als der Arbeiterschutz erscheint. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung wurde uns die Krankenversicherungsnovelle beschert, die neben einigen anerkennenden Verbesserungen auch mehrere Verschlechterungen enthielt und zahlreiche Wünsche unerfüllt ließ. Damit ist jedoch der sozialpolitische Segen des Berichtsjahres auch schon erschöpft, denn das angefündigte Gesetz zur Schaffung von Kaufmannsgerichten blieb in der Vorberatung des Bundesrats stecken und soll in noch fragwürdiger Gestalt erst in der neuen Session vorgelegt werden. Und zu all den übrigen schönen Wünschen der Arbeiterklasse schweigt sich die höfliche Regierung aus. Die Weiterführung des Arbeiterinnenschutzes, der Schutz der Heimarbeiter, die reichsgesetzliche Regelung des Verg-

und Bauarbeiterschutzes, die systematische Durchführung des sanitären Schutzes der Arbeiter, insbesondere Bekämpfung der Gefahren der Bleivergiftung, der Tuberkulose und anderer Gesundheitszerstörer, alle diese Fragen läßt die Regierung, unbekümmert um die daraus entstehenden schweren Schädigungen, im Zeitenschoße ruhen. Der Crimmitschauer Kampf hat gezeigt, was daraus entsteht, wenn man die Arbeiter durch gesetzgeberische Impotenz zur Selbsthilfe treibt. Die Arbeiter werden sich den ihnen notwendigen Schutz zu erkämpfen wissen. Staatliche Klugheit gebietet, berechnete Forderungen zu erfüllen, ehe es zu Kämpfen, die Industrie wie Arbeiter schädigen, kommt.

Neben der bereits erwähnten Reichs-Arbeitslosenversicherung ist auch die Witwen- und Waisenversicherung außer Scheweite geblieben und von der durch zahlreiche Sachverständige geforderten organischen Reform der gesamten Reichsversicherungs-gesetzgebung im Sinne der Schaffung eines einheitlichen Unterbaues, hört und liest man nichts mehr. Dieses Vermächtnis der Jahrhundertwende scheint bei dem Müller-Kurs ganz in Vergessenheit geraten zu sein, obwohl es auch die Arbeiterpresse neben dem Reichstag an Erinnerungen nicht fehlen ließ. Bedarf es da noch der besonderen Feststellung, daß auch weitergehende Arbeiterforderungen, vor allem die Schaffung einer gesetzlich geregelten Arbeitervertretung mit der Spitze eines Reichsarbeitsrates, für die jetzige Regierung undiskutabel sind? Nur eine winzige Rosine hat die letztere aus diesem sozialdemokratischen Kuchen vortweg genommen und als Jahresgabe präsentiert, — die Schöpfung des Reichs-Arbeitsblattes, das im April 1903 erstmalig erschien. So nützlich und dieser Fortschritt erscheint, so wenig kann er die Arbeiter darüber hinwegtrösten, daß sie gegenüber den anderen Berufsständen, die anerkannte Kammervertretungen besitzen, noch immer als Staatsbürger minderen Rechts behandelt werden.

Das gilt auch hinsichtlich der Arbeiterkoalitionen überhaupt, denen die Regierung nur sehr widerwillig eine Existenzberechtigung zugesteht. Während der Handwerker von Gesetzes wegen seiner Berufsorganisation angehören muß, wird die gewerkschaftliche Agitation der Arbeiter mit Erpressungsfällen bedroht und Polizei und Justiz arbeiten einander in die Hände, um dem Koalitionsrecht derselben hinderliche Schranken zu bereiten. Die völlige Suspension des Versammlungsrechts in Crimmitschau zeigte handgreiflich die Gefahr dieser Polizeiwilktür: so plump arbeitet diese aber nicht überall und die Nadelstichtatfel der Streikpostenverbote und Verhaftungen wirkt nicht minder erbitternd. Zudem müssen ja die bekannten Breslauer Urteile auch dem Blödesten begreiflich machen, daß die Arbeiterbewegung sich bei der heutigen Justiz keiner Sympathien erfreut.

Das verflozene Jahr war für die Arbeiterbewegung auf allen Gebieten ein solches des Kampfes. Sieg und Niederlagen wechselten auf jedem der Kampfesfelder und unter dem Waffenklirren des Klassenkampfes verhalten die Weihnachts- und Silbesterglocken. Mögen die Erfolge nicht auf allen Gebieten gleich befriedigt haben, das Gesamtbild der Bewegung ist durchaus befriedigend und verheißungsvoll. Es zeigt die Arbeiterbewegung in ständigem Wachstum an Organisation und Klassenbewußtsein, und auf beiden Faktoren beruht ihre gewaltige Kraft und ihre zunehmende politische und wirtschaftliche Macht. Mit dieser Macht wird das Unternehmertum rechnen lernen müssen und die Regierung wird sie anerkennen müssen, wie alle realen Mächte des staatlichen Lebens. Die Millionen, die sich unter der Fahne des Klassenkampfes scharten, vermag kein Zornesblitz wieder in ihre Tiefen hinabzuschleudern. Sie haben festen Boden unter sich und kämpfen mit zäher Energie um Licht, Luft und um ihr Menschenrecht. Sie sind die Kraft des Landes und ihrer Bedeutung bewußt, werden sie rastlos weiter arbeiten, alles durch neues erlegend, bis das Staatsweiser ihren Wünschen entspricht.

Das Ende von Crimmitschau.

Die Nachricht kam am 19. Januar früh der deutschen Arbeiterschaft ebenso unerwartet, wie am 18. Januar in später Abendstunde den Fabrikanten in Crimmitschau und dem größten Teil der Ausgesperrten. Mit Recht sagte sich die Arbeiterschaft, die nicht nur mit gespannter Aufmerksamkeit den Vorgängen in Crimmitschau folgte, sondern durch eine Opfer-

freudigkeit, wie sie selten sich zeigte, den Kämpfenden die Mittel zur Fortführung des Kampfes sicherte, mußte dieser Kampf jetzt schon abgebrochen werden? Die Unterstützungsmittel waren auf Wochen hinaus gesichert, die Zahl der Streikbrecher noch nicht so groß, um den Kampf verloren geben zu müssen. Alles sprach dafür, dem Unternehmertum, das rücksichtslos die Arbeiter und Arbeiterinnen auf das Pflaster geworfen hatte, bis zum äußersten Widerstand zu leisten. Trotzdem entschied sich die Lohnkommission in Gemeinschaft mit den Obleuten der Fabriken, den Kampf anscheinend auf seinem Höhepunkt abzubrechen.

Zunächst sei bemerkt, daß die Arbeiterschaft, die im Kampfe stand, eine vorzüglich disziplinierte, kampfgewohnte ist, daß in allen Stadien, auch in den schwierigsten Situationen nicht augenblicklich aufwallende Leidenschaft, sondern ruhige Ueberlegung und sachliche Prüfung entscheidend war bei allen Maßnahmen, die getroffen wurden.

So handelte die Leitung der Ausgesperrten und diese selbst befolgten in vollem Vertrauen zur Streikleitung alles, was von dieser geraten wurde. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, unter dem Druck des Belagerungszustands den Kampf 21 Wochen zu führen, ohne daß der Wunsch der Scharfmacher in Erfüllung ging, die Gewaltmittel gegen die Ausgesperrten zur Anwendung bringen zu sehen, die auf des Pflaster Geworfenen zum aktiven Widerstand gegen die bewaffnete Macht zu reizen. Ebenso ruhig und sachlich wurde beraten, als die Frage brennend wurde, ob es notwendig sei, das Ringen jetzt abzugeben. Entscheidend waren zwei Momente. Es mußte verhindert werden, daß ein allmähliches Abflauen des Kampfes eintrat, und zweitens, daß die Crimmitschauer Industrie zur Vernichtung geführt würde. Beides stand zu befürchten, wenn die Ausgesperrten über Ende Januar hinaus Widerstand geleistet hätten.

Eine Saison hatten die Fabrikanten fahren lassen, wobei ihnen allerdings eine Reihe Momente zugute kamen, die außerhalb ihrer Berechnung lagen. Mitte Januar mußte sich entscheiden, ob die Fabrikanten auch die zweite Saison preisgeben wollten.

Alle Anzeichen sprachen dafür, daß dies geschehen würde. Die Herren haben sich anscheinend durch die verprobenere Unterstützung der größten Unternehmerorganisation blenden lassen, ohne sich dessen bemerkt zu haben, daß diese Unterstützung sie wohl momentan für den Ausfall der Produktion zu entschuldigen, nicht aber davor zu bewahren vermag, daß ihnen das Abgabegeld verschlossen wird, und sie somit zum Ruin getrieben werden. Soweit Berechnungen und Kalkulationen möglich, war mit dem Preisgeben der zweiten Saison die Crimmitschauer Textilindustrie vernichtet, die Blüte des Gemeinweins zerstört. Wohl, wollten die Fabrikanten es nicht anders, so hätte man sie ihrem selbstbereiteten Schicksal überlassen können. Mit ihrem Fall aber wären Tausende Familien gezwungen gewesen, aus dem Orte auszuwandern. So hatte die Arbeiterschaft Crimmitschau zu entscheiden, ob das Gemeinwesen zerstört, ein Industriepfahle ersten Ranges, als solcher in die letzte Stelle gerückt werden sollte. Sie hatte zu entscheiden, ob Massen von Arbeitern aus dem Heimatort hinausgetrieben werden sollten. Mag auch die heimliche Scholle noch so kümmerlich sein, so hängt doch der Arbeiter an ihr, hoffend, durch seine Kraft die schlimmsten Uebel leichter dort, als in der Fremde beseitigen zu können. Hier aber handelte es sich um viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die, in sehr hohem Lebensalter stehend, an keinem andern Ort Arbeit gefunden hätten, deren Lebensabend dank dem Terrorismus des Unternehmertums noch kümmerlicher sich gestaltet hätte, als wenn sie gegen hohen Lohn ihre Arbeitskraft bis zur letzten Lebensstunde preisgeben. So haben denn schließlich hier wie in hundert und tausend andern Fällen die Arbeiter gezeigt, daß sie ein größeres Gemeininteresse haben als die Unternehmer, und mit Recht erklärte die Lohnkommission in dem Flugblatte, in welchem der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit aufgefodert wurde:

„Der Arbeiter weiß, daß das Interesse der Stadtgemeinde Berücksichtigung erheischt. Mit seinem ganzen Sinnen und Trachten, seinem Fühlen und Denken steht er bei seinem Gemeinwesen, bei seiner Heimat. Dem gemeinsamen Wirken des gesamten werktätigen Volks verdankt die Stadtgemeinde ihr Ansehen, ihre Blüte. Und diese Blüte, diese Größe der Gemeinde zu erhalten, muß immer das Streben des gesamten Volks sein. Der Arbeiter, die Arbeiterin, der Vater und die Mutter, sie können sich nur wohl fühlen in einer blühenden, nach aufwärts strebenden Zusammengehörigkeit. Kann es deshalb den 8000 Proletariern gleichgültig sein, ob ihre Stadtgemeinde im innersten Mark erschüttert wird und schließlich zugrunde geht? Nein! Das Unternehmertum hat bewiesen, daß es Rücksichten auf die Allgemeinheit nicht nimmt. Es führt das Wort „Gemeininteresse“ im Munde und tritt das Gemeininteresse mit Füßen. Der Arbeiter steht auf einer höheren Warte. Er kann nicht wollen, daß die Gemeinde, in der er lebt und wirkt, an der Rückständigkeit einer Kaste zugrunde geht.“

Das war die Sprache der Arbeiter beim Abschluß eines Kampfes, der ihnen aufzuweisen und von den Unternehmern zu einer Machtprobe gestempelt war! Wie anders nehmen sich die Rundgebungen der Unternehmer dagegen aus. Von Gemeininteresse keine Spur, nichts als Pfaffen von dem Niederwerfen der Arbeiterschaft, dem Schlag gegen die Sozialdemokratie, der Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation,

arbeiten und es ihnen sehr leicht ist, dieselben zu bessern, wenn die Steinarbeiter samt und sonders einig und dem Steinarbeiterverband sich anschließen würden.

Von Gotha und Wandersleben muß berichtet werden, daß daselbst im Laufe dieses Jahres wenig Arbeit vorhanden war, so daß auf einen größeren Mitgliederstand nicht gerechnet werden konnte. Im ersteren Ort sind es die dort beschäftigten Granitarbeiter, die die Zahlstelle noch am Leben halten. In Seebergen eine Zahlstelle zu gründen, mußte vorläufig Abstand genommen werden, da die Kollegen der dortigen Umgebung meist auswärts arbeiten und da als Mitglieder geführt werden, wo dieselben gerade in Arbeit stehen. Die übrigen in Betracht kommenden Steinarbeiter konnten bis dahin noch nicht bewegt werden, der Organisation beizutreten, trotzdem auch hier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerade nicht die günstigsten sind.

In Mühlhausen i. Th. ist der Stand der Organisation im allgemeinen befriedigend, namentlich dann, wenn bei Vorhandensein größerer Arbeiten der Zugang von fremden Kollegen ein größerer und dadurch die Mitgliederzahl sich vermehrt. Die auf der Konferenz getroffenen Bestimmungen, daß seitens Mühlhausen die Vorarbeiten der Agitation nach dem Eichsfeld in die Hand zu nehmen sei, hatte bis dahin noch keinen Erfolg, da seitens der dortigen Zahlstellenverwaltung die Mitteilung gemacht wurde, daß im genannten Distrikt fast gar keine Arbeit vorhanden und dadurch sehr schwer für den Verband zu agitieren sei.

In Eisenach und Göttingen liegt lediglich die Schuld an den Kollegen selbst, wenn die Mitgliederzahl zurückgegangen, denn anstatt in Versammlungen zu beraten, wie am geeignetsten unsere Organisation zu fördern sei, reiben dieselben sich gegenseitig auf, ohne dabei zu bedenken, daß es dadurch unmöglich ist, die Mißstände innerhalb unseres Berufes zu beseitigen. Von Reiffenhausen fehlt gänzlich der Bericht.

In Kassel war der Stand der Organisation bis zu der Aussperrung im Baugewerbe, wodurch mehrere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden, ein befriedigender. Während der Aussperrung sowohl als auch danach machte sich innerhalb der Zahlstelle jedoch eine gewisse Gegenströmung geltend, die dahin führte, die Zahlstelle Kassel aufzulösen. Dem Eingreifen des Gauvorstands gelang es, dies zu verhindern und ist zu hoffen, daß die Kasserer Kollegen dahin arbeiten, die Zahlstelle wieder auf ihre alte Höhe zu bringen. Die von Kassel betriebene Agitation hatte den Erfolg, in Soof bei Kassel eine Zahlstelle zu gründen, welche gut im Stande ist und zu den besten Hoffnungen berechtigt, da gegenwärtig innerhalb der dortigen Umgebung unter den Basaltsteinarbeitern rührig agitiert und dadurch für den Verband eine größere Anzahl von Mitgliedern gewonnen werden wird.

Größere Versammlungen innerhalb des Gaues V fanden nicht statt, sondern wurden nur einzelne Revisionen im Auftrage des Zentralvorstands seitens der Gauleitung vorgenommen.

Lohnbewegungen fanden statt in Erfurt und Gotha (Granitarbeiter). Während die Kollegen von Erfurt eine Reduzierung des bestehenden Tarifs über sich ergehen lassen mußten, gelang es den Granitarbeitern von Gotha, mit den Unternehmern einen Tarif zu vereinbaren, wodurch die Lohnverhältnisse daselbst einigermaßen geregelter wurden. Im weiteren waren die Kollegen von Kassel durch die Aussperrung im dortigen Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Gleichzeitig konnten in Erfurt einige Unternehmer nicht umhin, einen Teil der Kollegen auszusperrten; welche Differenzen jedoch durch das Gewerbegericht, als Einigungsamt, geregelt wurden.

Die Durchführung der Bundesratsverordnung seitens der Unternehmer läßt nach den vorliegenden Berichten viel zu wünschen übrig; in Kassel selbst wurde seitens der dortigen Gewerbeinspektion gegen die Unternehmer Klage wegen Nichterhaltung der Verordnung erhoben, über das Resultat jedoch liegt bis jetzt noch nichts vor.

Die Zahl der Posteingänge betrug 62, der Ausgänge 70 Stück. Die Ausgaben betragen seit Bestehen der Gauleitung insgesamt 166.50 Mk., die von der Hauptkasse getragen worden sind.

Wenn wir am Jahreschlusse die Verhältnisse unseres Gaues einer kurzen Betrachtung unterziehen, so finden wir, daß überall an allen Orten noch Uebelstände zu verzeichnen sind, für deren Beseitigung unbedingt gearbeitet werden muß. Möge jeder einzelne Kollege seine Kraft dafür einsetzen, daß unsere Organisation immer mehr und mehr an Ausdehnung gewinnt, und wenn ein jeder Kollege seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, so wird es auch ein Leichtes sein, die bestehenden Mißstände innerhalb unseres Berufs zu beseitigen.

S. A. der Gauverwaltung: Ph. Wagner.

Gaubericht Straßburg.

Obwohl im allgemeinen eine bessere Zuneigung zur Organisation zu konstatieren ist, auch eine kräftigere Agitationstätigkeit der einzelnen Zahlstellen nicht in Abrede gestellt werden kann, so bedurfte es doch der fortgesetzten Anregung, um auch den Verpflichtungen gegenüber der Zentrale nachzukommen.

Die Zahlstelle Hofkönigsburg mußte infolge zahlreicher Entlassungen wegen Arbeitsmangel nach Schlettstadt verlegt werden und wird wohl, wenn keine unvorhergesehenen Fälle eintreten, erhalten bleiben. Allen nach dorthin notwendigen Anregungen ist bis jetzt bereitwillig Folge gegeben worden. Konstanz, das infolge Mitgliederabgangs einzugehen drohte, ist jetzt durch Witaanschluß von Ueberlingen und vorzugsweise erneuertem Agitationstrieb wieder besser fundiert worden. Was die neugegründete Zahlstelle Adolfszell betrifft, so wird es aller Vorsicht bedürfen, um den wiederholten Anrempfungen der Unternehmer stand zu halten.

Die Zahlstelle Lahr, die auch schon oft das Lotengewand trug, scheint sich erfreulicherweise wieder besser entwickeln zu wollen; jedoch ist es unerlässlich, daß zur Kräftigung und Anerkennung versucht werden muß, die fernstehenden der umliegenden Brüche zu gewinnen.

Ein von uns gemachter Versuch, in der Nachbarrstadt Offenburg eine Organisation zu schaffen, ist bis jetzt nicht gelungen. Das dortige Kartell, das wir ebenfalls zur Mitwirkung ersuchten, versagte auch vollständig; nicht einmal einer Antwort würdigte man uns. Ottenhöfen, deren Verwaltung sich anerkennend rührig zeigt, will in anbetraucht der betriebenen Agitation doch nicht genügend vorwärts

kommen. Die deutschen Kollegen stehen, bis auf zwei Ausnahmen, dort der Organisation fern. Früher war dies umgekehrt. Dort wird ebenfalls zur geeigneten Zeit durch nachhaltige Arbeit eingegriffen werden müssen, um die Zahlstelle aktionsfähig zu machen. In dem ganzen Granitbezirk sind auch traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorhanden.

Emmendingen-Seeau, im Zusammenhang mit Freiburg, diese alten Organisationsorte, in welchen es an Agitationstrieb gewiß nicht sehr mangelt, ist es noch nicht gelungen, in dem naheliegenden Bruchbezirk Heimbach usw. der Organisation Eingang zu verschaffen, trotz mehrerer Versuche hierzu. Es ist zu hoffen, daß die durch die Gaukonferenz getroffene Errichtung von Bezirksagitationsleitern auch dort bessere Erfolge erzielt und der Stillstand beseitigt wird. Mühlhausen, das sich gut entwickelt und besonders bei den stattgehabten Lohndifferenzen energisch den Zumutungen der Arbeitgeberbarone entgegentrat, dürfte für die naheliegenden Orte, wie Gebweiler, Thann und Altkirch, sowie des gesamten Oberrheins, ermunternd für die Organisation wirken. Eine Eroberung dieser Orte und der weitere Ausbau Mühlhausens selbst kann bald gelingen.

Kolmar, das alte Schmerzenskind vergangener Zeiten, scheint weiter nachhinten zu wollen. Durch einige deutschfeindliche Querköpfe ist das notwendige Vertrauen und die Opferwilligkeit zur Organisation noch arg zurückgesetzt. Besserung wird nur durch eine tatkraftvolle, einwandfreie Verwaltungsführung zu erzielen sein. Dadurch kann es auch möglich werden, daß die naheliegenden Städte Rappoldswiller, Markkirch, Breisach usw. dazu gezogen werden können. Auch in Straßburg und dessen Umgebung wird es noch Mühe und Opfer bedürfen, um die Organisation zu dem zu machen, für das sie oberflächlich gehalten wird. Freilich ist Straßburg eine Durchgangsstation für alle Länderstrecken. Man merkt es sofort, wenn nur vorübergehend die Agitation etwas lahm betrieben wird. Was nun Metz betrifft, so ist es ja nach den vorausgegangenen und jetzigen Vorkommnissen nicht im geringsten verwunderlich, wenn es dort nicht vorwärts gehen kann. Annehmen kann man, daß es vielleicht besser wäre, wenn die Gauleitung öfters selbst direkt einspringen könnte, aber die Mittel, welche zur Verfügung stehen, erlauben dies nicht, wegen zu großer Entfernung.

Das übrige elsass-lothringische Bruchgebiet, für welches bekanntlich schon erhebliche Opfer gebracht wurden, scheint auch unbegreifbar zu sein. Lokalitätennot, das Entgegenarbeiten aller Organe im Zusammenhang mit der indirekten Abhängigkeit der Arbeiter und der vollständigen Unkenntnis über die Arbeiterbewegung mögen wohl die Hauptgründe unseres bisherigen Mißerfolgs sein. Die in Aussicht gestellte Anlage infolge der stattgefundenen Versammlung in Adamsweiler ist trotz unseres Selbstwunsches bisher ausgeblieben. Der Zweck wurde ja damit vorläufig erreicht, daß die damit gewollte Einschüchterung erzielt wurde. Wir mußten uns deshalb auf die schriftliche Agitationsarbeit beschränken, soweit dies uns durch Lieferung des Materials möglich gemacht wird. Durch Zuschriften von dortigen Kollegen wurde uns auch die erfreuliche Mitteilung, daß unser Beginnen zum Frühjahr Unterstützung findet. Wir haben deshalb keinen Grund, pessimistisch in die Zukunft zu blicken, wir haben dort noch nichts verloren und können bei Ausdauer nur gewinnen.

Betreffs Durchführung der Bundesratsverordnung warden wir uns auch an die betreffende Gewerbeaufsicht, so nach Karlsruhe, Mühlhausen, Kolmar und Straßburg, infolge gehaltener Umfrage der Zahlstellen durch gemeinschaftliche Fragebogen, Karlsruhe und Mühlhausen, d. h. die betreffende Gewerbeaufsicht, gaben Antwort darauf, daß das Material zur Revision verwendet werde. Kolmar gab keine Antwort. In Straßburg wurden wir selbst damit vorstellig; es wurde aber keine wesentliche Abhilfe erzieht.

Was die Vereinsammlung bei den betreffenden Aufsichtsbehörden betrifft, so ist in Mühlhausen nach kurzer Frist das Statut ohne weiteres genehmigt worden, ja sogar noch eine Vergünstigung für Jugendliche. In Schlettstadt ist es ebenfalls noch nicht dazu gekommen. Nach Kolmar haben wir auch die Aufforderung zur Einreichung der Statuten gehen lassen. Ob es geschehen ist, ist noch unbekannt.

Was den Kostenbetrag der Agitation betrifft, so ist dieser ja zur Genüge durch Mitübersendung der Bücher bekannt. Auch auf der abgehaltenen Gaukonferenz ist darüber schon eingehend berichtet worden, sowie auch über den Verlauf oder Erfolg der einzelnen Unternehmungen. Was das Bruchgebiet im besonderen betrifft, so würde es hier zu weit führen, alle Einzelheiten zu wiederholen. Wenn es uns mit den zur Verfügung stehenden Kräften und Mitteln nicht gelungen ist, entsprechende Erfolge zu erreichen, so bedarf es wohl nur der Aufforderung bezw. Winkens zu einer Aenderung. Möge dieses Jahr besser werden!

Straßburg. Die Gauleitung. S. A.: Pühler.

Adressen-Aenderungen.

Coburg. Die Reiseunterstützung zahlt aus Jakob Kiltan, Bobacher Straße 21.

Bremen II. Da der 1. Vorsitzende der Zahlstelle erkrankt ist, sind alle Schreiben an den Kollegen Wilhelm Runge, Bremen, Am Schwarzen Meer 24, zu richten.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. Januar 1904.
Warendorf, Beitrag 5.20; Demitz-Dumitz, Beitrag 129.36; Eintrittsmarke 0.50, Delegiertensteuer 3.—; Chemnitz, Inzerat 19.20; Hemsbach, 4. Qu. 1.20; Leipzig (Gutgeßell), 1. Qu. 0.90; Dresden, Beitrag 118.80; Meß, Beitrag 24.—; Alt-Barthau, 4. Qu. 50.20; Eiferwerba, Beitrag 3.70; Altenhagen, Beitrag 5.25, Eintrittsmarke 7.50; Grimma, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 3.50, Farbfäden 0.50, Stempel 1.50, Hauptbuch 2.50, Broschüre 1.—, Delegiertensteuer 0.75; Posta, Beitrag 84.—; Heppenheim, Beitrag 58.50, Eintrittsmarken 6.50, Delegiertensteuer 2.75, Stempel 0.75; Sorfa, Maimarten 2.50; Kupferdreh, 1. Qu. 0.90; Obenburg, Beitrag 83.28, Delegiertensteuer 0.75, Hauptbuch 2.—; Dortmund, Beitrag 10.80; Duisburg, Beitrag 82.—; Stettin, Beitrag 7.20; Charlottenburg (Gentß), 1. Qu. 3.60; A. B., Beitrag 28.—; Hardheim, Beitrag 14.58, Delegiertensteuer 0.50, Eintrittsmarken 1.50; Wiesbaden, Beitrag 82.—, 4. Qu. 3.40; Grimmitzschau, Beitrag 15.—; Felzig Lange.

Briefkasten.

Heppenheim. Solche Ausgaben können bewilligt werden.

München. Die Nr. 1 von L'Operaio Italiano ist uns leider selbst noch nicht zugegangen.

Weihen. Die Detaillierung ist überflüssig, lesen Sie doch die Fußnote.

Mittweida. Nein, ein Zwang soll nicht ausgeübt werden. Die andere Frage ist mit ja zu beantworten, man übergibt in solchen Fällen den Vorschlag an seinen Stellvertreter. — Die Bundesratsverordnung schreibt die 9stündige Arbeitszeit nur für einen Teil der Sandsteinwerke vor. Die letzte Frage läßt sich nur nach Einsichtnahme in die Arbeitsordnung beurteilen. Ordnungstreuend scheint dieser Unternehmer nicht zu sein, sonst würde er im eigenen Interesse einen solchen Zustand, der ihm durch das Vorkommen eines Unfalls schwere finanzielle Verpflichtungen auferlegen würde, nicht dulden können.

Raummangels wegen mußten mehrere Artikel und Berichte zurückbleiben.

Anzeigen.

Gaukonferenz des 2. Gaues.

Vorort: Bunzlau.

Am Sonntag, den 21. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im Gasthof zum goldenen Stern in Bunzlau eine Gaukonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauleiters.
2. Organisation und Agitation.
3. Stellungnahme und Anträge zum Verbandstag.
4. Verschiedenes.

Wir ersuchen jede Zahlstelle um Entsendung von Delegierten. Ebenso können Delegierte und einzelstehende Kollegen aus unorganisierten Orten daran teilnehmen. Die Kosten der Delegation hat jeder Ort selbst zu tragen.

Die Gauleitung.

S. A.: D. Schüller

Bunzlau i. Schl., Oberstraße 26.

Konferenz des 10. Gaues.

Vorort: Mannheim.

Am Sonntag, den 28. Februar, vormittags 10 Uhr beginnend, findet im Gewerkschaftshaus, H. 1. 4, zu Mannheim unsere Gaukonferenz mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht der Gauleitung.
2. Agitation.
3. Unsere diesjährige Generalversammlung.
4. Gewerkschaftliches.

Jede Zahlstelle kann zwei Delegierte entsenden. Auch sind die Kollegen der nichtorganisierten Orte und ganz besonders des Bruchgebietes von Knittlingen bis Eppingen hierzu eingeladen. Die Delegationskosten trägt jeder Ort selbst.

Die örtlichen Situationsberichte sind an der Konferenz schriftlich einzureichen.

Im Auftrag der Gauleitung:

Ja. Kraft.

Berlin I.

Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung:

1. Gedenken wir dieses Jahr eine Lohnforderung zu stellen?
2. Vorschläge zur Delegiertenwahl.
3. Verschiedenes.

Bei der Wichtigkeit der Versammlung ist zu erwarten, daß kein sich organisiert nennender Kollege fehlt.

Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeigen.

Am 15. Januar starb unser Kollege

Konrad Kenner

im Alter von 25 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die Zahlstelle Freiburg in Baden.

Am 16. Januar verschied der Kollege

Gustav Prager

nach 2jähriger Krankheitsdauer im Alter von 27 Jahren an der Berufskrankheit.

Ruhe sanft!

Zahlstelle Grimmitzschau.

Am 17. Januar starb unser Kollege

August Pöschel

im Alter von 53 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Neundorf.

Am 19. Januar starb unser Kollege

Michael Löw

im Alter von 32 Jahren an der Wasserfucht.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Berned.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchverlagsanstalt.